

«Millennials, wir sind richtig, richtig gefickt.»

Lily Allen, britische Sängerin

«UK rettet Europa zum dritten Mal: vor Napoleon, vor Hitler, jetzt vor der EU-Elite.»

Václav Klaus, tschechischer Politiker



«Bleibt Englisch jetzt eigentlich erste Arbeitssprache in der EU? Ernst gemeinte Frage.»

Olaf Zimmermann, deutscher Publizist

## «Ich rate allen Beteiligten: Keep cool»

Der Brexit sei eine ökonomische Chance und gut für die Schweiz, sagt Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger

Von Christian Keller

**BaZ:** Die deutsche Bild-Zeitung schreibt von einem «schwarzen Tag für Europa». Hat das Boulevardblatt recht?

**Reiner Eichenberger:** Nein. Die Bevölkerung eines Landes hat lediglich zum Ausdruck gebracht, was sie vom derzeitigen Zustand der EU hält. Brüssel hat die Quittung für eine falsche Politik erhalten. Die entscheidende Frage lautet nun, wie Europa reagiert. Trennungen können schrecklich sein, sie können aber auch absolut reibungslos verlaufen. Denken Sie nur daran, wie aus der ehemaligen Tschechoslowakei die beiden Staaten Tschechien und Slowakei hervorgegangen sind. Das klappte – im Unterschied zum Gegenbeispiel Jugoslawien – hervorragend und ohne Blutvergiessen. Ich bin zuversichtlich und rate allen Beteiligten: Keep cool.

Die Bedenken sind allerdings gross. Markiert der Brexit den Anfang vom Ende der EU?

Sicher nicht. Man sollte den Austritt Englands vielmehr als einen Schritt in der Entwicklung Europas ansehen. Bei der Grundidee des freihandelsähnlichen Zusammenlebens ist es in den letzten Jahrzehnten zu Übertreibungen

gekommen. Ich denke insbesondere an die Personenfreizügigkeit. Diese funktioniert zwischen zwei Ländern wie Deutschland und Österreich, wo der Wohlstand ungefähr gleich verteilt ist. Doch im grossen europäischen System mit seinen starken sozialen Gefällen ist dies nicht der Fall. Logischerweise fand die Wanderung nur in eine Richtung statt: unter anderem ins wohlhabende England und in die reiche Schweiz. Die Kostenträger dieser Entwicklung haben sich in beiden Ländern gewehrt: mit dem Brexit und der Masseneinwanderungs-Initiative. Es braucht jetzt kluge Lösungen.

Die Finanzmärkte stürzten gestern ab. Offenbar fehlt der Glaube an «kluge Lösungen».

Die Verunsicherung an den Börsen ist tatsächlich sehr gross. Der Grund liegt auf der Hand: Man weiss nicht, wie sich die EU jetzt verhält. Lässt sie sich zu dummen Abstrafungsmassnahmen hinreissen, um andere «Wackelkandidaten» wie Dänemark einzuschüchtern und zum Verbleib in der Union zu drängen? Das wäre fatal, zumal ein solches Verhalten hohe volkswirtschaftliche Kosten verursachen und die Abneigungen nur noch verstärken würde. Ich sehe es jedoch positiv. Mit dem Entscheid Englands bietet sich eine neue Chance, ein gresseuropäisches Freihandelsabkommen aufzugleisen. Ganz einfach ausgedrückt könnte darin die wirtschaftliche

Zusammenarbeit geregelt werden, ohne dass politische Rechte oder die Frage der Zuwanderung tangiert werden. In diesem neuen Körper könnten England, die Schweiz, aber auch die Türkei und Staaten Nordafrikas Platz finden. Die EU würde auf diese Weise aus einem Kern mit Mitgliedstaaten und einer erweiterten Wirtschaftszone bestehen.

Was soll nun ein Engländer über den Brexit denken, der beispielsweise bei Roche in Basel arbeitet? Und was ein Schweizer mit Anstellung in London? Sind die Ängste dieser Leute vor dem Jobverlust unbegründet?

Ja, da möchte ich ausdrücklich beruhigen. Vorerst herrscht «Business as usual». England und die EU haben nun zwei Jahre Zeit, um Lösungen für das künftige Verhältnis auszuarbeiten – vor allem auch bezüglich Personenfreizügigkeit. Mit gutem Willen werden rasch konkrete Verhandlungsergebnisse erzielt werden können. So könnte man sich gegenseitig eine bestimmte Wanderungsmenge einräumen – und eines der Hauptprobleme ist abgehakt.

Sie klingen sehr optimistisch. Für die Schweizer Exportindustrie dürfte der Brexit allerdings ein harter Schlag sein. Der Franken liegt nun wieder bei 1.08.

Ich möchte nicht verharmlosen. Vor einem Jahr war die Lage an der Währungsfront mit einem paritätischen Euro-Franken-Kurs allerdings drama-

tischer. Die Hilferufe seitens Wirtschaft wiederholen sich nun. Es ist wichtig zu differenzieren: Manche Firmen sind tatsächlich am Anschlag, andere hingegen kommen sehr gut zurecht. Jubeln können alle Importeure und Konsumenten: Importgüter werden billiger.

«Trennungen können schrecklich sein, sie können aber auch reibungslos verlaufen.»

Und der Schweizer Tourismus? Wird der unter dem starken Franken nicht noch mehr leiden?

Natürlich zählt auch in dieser Branche jeder Rappen. Die schwierige Währung vertreibt die ausländischen Gäste. Das Tourismusgeschäft hat aber auch andere Bausteine. So besteht ein generelles Kostenproblem. Zudem fehlen qualifizierte Arbeitskräfte. Wenn nun Hotels schliessen, wird es für die überlebende Konkurrenz einfacher: Der Personalmangel sinkt, und die Touristen verteilen sich auf weniger Anbieter. Ein ganz normaler Prozess.

Sie rechnen also nicht mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Schweiz?

Davon ist nicht auszugehen. Langfristig entscheidend ist, dass die Schweiz mit Ländern Handel betreiben kann,

die möglichst wohlhabend sind. Wir haben ein Interesse daran, dass es England und der EU gut geht. Wenn die Briten in ihrer neuen, unabhängigeren Rolle wieder zu einem Brückenkopf des Freihandels werden und wirtschaftlich aufblühen, profitieren wir alle davon.

Heiss diskutiert wird die Frage, wie sich der Brexit auf die Verhandlungen mit der EU in Sachen Masseneinwanderungs-Initiative auswirkt. Die Meinungen gehen stark auseinander. Was denken Sie?

Ich bin überzeugt, dass das Verständnis der EU für das Schweizer Anliegen zunehmen wird. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl ist die Zuwanderungsproblematik in der Schweiz viel dramatischer als in England, das aber wohl genau aus diesem Grund der EU den Rücken gekehrt hat. Deshalb wurde unsere Position klar gestärkt. Im Übrigen denke ich nicht, dass der EU die Kapazitäten fehlen, parallel zu den Engländern mit der Schweizer Delegation eine Übereinkunft zu erzielen. Die Frage ist nur, wie der Deal aussieht. Die EU wird Kontingente oder eine Schutzklausel niemals akzeptieren. Darum muss der Bundesrat endlich eine Zuwanderungssteuer ins Auge fassen. Wenn Neuzuwanderer eine Zeit lang eine Abgabe für ihre Anwesenheit im Land zahlen müssen, wird die Migration automatisch zurückgehen, und ihr Nutzen für die Schweiz steigen.

## Finanzmärkte reagieren heftiger als die Schweizer Industrie

Brexit löst neue Intervention der Schweizerischen Nationalbank aus – längerfristige Folgen für einheimische Wirtschaft sind ungewiss

Von Christoph Hirter und Ruedi Mäder

**London/Basel.** An den Devisenmärkten lässt sich ablesen, wie die Unsicherheit nach dem britischen Votum wirkt: Das Pfund fiel gestern gegenüber dem Dollar um über zehn Prozent auf den tiefsten Stand seit 30 Jahren. Die Bank of England sei bereit, bis zu 250 Milliarden Pfund bereitzustellen, um die Funktionsfähigkeit der Märkte aufrechtzuerhalten, sagte der britische Notenbankchef Mark Carney. Der Franken, traditionell eine Fluchtwährung, fiel bis Freitagabend gegenüber dem Euro auf 1.07 Franken. Seit der Aufgabe des Euro-Mindestkurses am 15. Januar 2015 war dies der stärkste Rückgang an einem Tag. Andere Fluchtwährungen wie der japanische Yen und der Dollar werteten noch deutlich stärker auf.

Eine stärkere Frankenaufwertung wurde von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) mit Devisenkäufen in unbekannter Höhe verhindert. Die SNB teilte mit, sie habe «stabilisierend eingegriffen» und werde «am Markt aktiv» bleiben. Die gestrige Intervention kam nicht überraschend. Im Vorfeld hatte Nationalbank-Vize Fritz Zurbrugg im BaZ-Interview gesagt, dass die SNB für die Umsetzung ihrer Geldpolitik neben dem Zinsinstrument jederzeit auch wieder Devisenmarktinterventionen tätigen könne. Der Goldpreis kletterte auf 1358 Dollar pro Feinunze, was dem Höchstwert seit Mitte 2014 entspricht.

Weitere Zinssenkung möglich

Sollte sich die Aufwertung des Frankens als nachhaltig erweisen, wäre eine weitere Senkung des Leitzinses wahrscheinlich, glauben die Ökonomen der Credit Suisse. Sie rechnen mit einer Senkung des aktuellen Niveaus von -0,75 auf bis zu -1,25 Prozent. Damit kämen Schweizer Banken, Versicherungen und Pensionskassen noch weiter unter Druck. Ihre Margen wurden



Vorerst «Business as usual». Grossbritannien ist ein wichtiger Handelspartner der Schweiz. Foto Christopher Gmuender

bereits durch das bisherige Negativzins-Regime deutlich geschmälert.

Der Brexit könnte nach Ansicht von Ökonomen längerfristig auf Teile der Schweizer Wirtschaft durchschlagen. Die grösste Gefahr drohe durch eine Aufwertung des Frankens, denn die Luft für die Unternehmen sei bereits heute dünn. Im Jahr 2015 haben fast 400 Unternehmen in der Schweiz eine Massenentlassung angekündigt. Das waren 45 Prozent mehr als im Vorjahr.

In Grossbritannien wird mit einem deutlichen Konjunkturückgang gerechnet. Die Bertelsmann Stiftung prognostiziert einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2030 zwischen 0,6 und drei Prozent.

Der Austritt der Briten aus der EU dürfte frühestens in zwei Jahren Tatsa-

che werden. Bis dann bleiben die institutionellen Rahmenbedingungen für den Handel zwischen Grossbritannien und der Schweiz unverändert. Das Vereinigte Königreich ist mit 13 Milliarden Franken oder 6,5 Prozent der achtwichtigsten Absatzmärkte für Schweizer Exporte. Den Löwenanteil stellen mit rund 50 Prozent Pharmaprodukte. Diese sind besonders robust gegenüber Währungsschwankungen, weil es sich bei drei Viertel ihrer Ausfuhren um unternehmensinterne Warenverschiebungen handelt. An zweiter Stelle folgen die MEM-Firmen (Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie) mit 14 Prozent. Weitere 12 Prozent der Exporte über den Ärmelkanal entfallen auf Juwelen, beziehungsweise Uhren machen zehn Prozent aus.

Sowohl Roche als auch Novartis erwirtschafteten 2015 in Grossbritannien einen Umsatz von umgerechnet rund 1,3 Milliarden Franken, was 2,8 Prozent bzw. 3,0 Prozent des jeweiligen Gruppenumsatzes ausmachte. Für beide Konzerne ist es zu früh, Langfristprognosen anzustellen. Kurzfristig würden ohnehin «keine signifikanten Auswirkungen» auf die Aktivitäten und das Geschäft erwartet, sagte Novartis-Sprecher Satoshi Sugimoto. Roche-Sprecher Nicolas Dunant ergänzte, das grösste Anliegen bestehe darin, «dass das Umfeld für wissenschaftliche Innovationen und den schnellen Zugang zu neuen Medikamenten für Patienten in Grossbritannien positiv bleibt».

Vorsichtig zeigte sich gestern Swissmem, der Verband der Maschinen-,

Elektro- und Metallindustrie. Die für das laufende Jahr erhoffte Erholung in der Branche sei nun infrage gestellt. Grossbritannien ist die Nummer sechs der Exportdestinationen der MEM-Industrie und die Nummer sieben für die Uhrenbranche. Jean-Daniel Pasche, Verbandspräsident der Schweizerischen Uhrenindustrie, hält es für verfrüht, die Brexit-Folgen für die eigene Branche abzuschätzen. Dasselbe gilt für die ABB, die in Grossbritannien immerhin 3000 Mitarbeiter beschäftigt.

Schwächung des Standorts

«UK» bleibe trotz Währungsschwankungen und grosserer Unsicherheit ein attraktiver Markt, hielt Michael Pieper, Chef der Artemis/Franke-Gruppe, fest. Gewisse Projekte und Bestellungen würden möglicherweise gestoppt. Franke ist zurzeit daran, eine Küchentechnik-Fabrikationsstätte in Schottland zu schliessen. «Durch den Brexit wird der Produktionsstandort UK wohl noch weiter geschwächt und somit unattraktiver», ergänzte Pieper.

Die Schwächung des Pfundes ist laut der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich «eine schlechte Nachricht» für die alpinen Tourismusregionen der Schweiz. Im vergangenen Jahr gingen immerhin 8,5 Prozent der Logiernächte von Ausländern auf das Konto der Briten. Noch höhere Buchungen haben einzig die Gäste aus Deutschland vorgenommen.

Für die Finanzbranche könnte der Brexit eine Chance sein. Sie könnte laut BAK Basel vom Einfluss- und Ansehensverlust Grossbritanniens profitieren. Es sei davon auszugehen, dass viele Banken zumindest Teile ihres Geschäfts auf das europäische Festland verlagern werden. Dies dürfte vor allem den Finanzplatz Frankfurt und andere Finanzmärkte im Euro-Raum stärken. Es wäre «wünschenswert», dass auch die Schweiz profitiert. Seite 10